



**Antje Tillmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
stellv. Finanzausschussvorsitzende

## Pressemitteilung

### Finanzierung zusätzlicher Kita-Plätze scheitert im Bundesrat

Berlin, 14. Dezember 2012  
Redaktion: Alexander Wahsner

**Antje Tillmann, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-77019  
Fax: +49 30 227-76497  
antje.tillmann@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Erfurt:**  
Brühler Straße 4  
99084 Erfurt  
Telefon: +49 361 643 19 67  
Fax: +49 361 644 78 59  
antje.tillmann@wk.bundestag.de

**Wahlkreisbüro Weimar:**  
Erfurter Straße 12  
99423 Weimar  
Telefon: +49 3643 850 582  
Fax: +49 3643 850 585

**Mitglied im Finanzausschuss**

**Mitglied im  
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im  
Haushaltsausschuss**

**Mit dem Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags hat der Bundesrat einem weiteren Gesetzentwurf der christlich-liberalen Koalition die Zustimmung verweigert. Hierzu die Erfurter CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bundestags-Finanzausschusses Antje Tillmann, zugleich Mitglied des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat:**

„Ich bin tief enttäuscht darüber, dass die von SPD und Grünen regierten Bundesländer offenbar in keinster Art und Weise bereit sind, ihre Blockadehaltung im Bundesrat aufzugeben. Sie tragen den anstehenden Wahlkampf damit bereits heute in verantwortungsloser Weise auf dem Rücken der vielen Eltern und Kinder in unserem Land aus, die auf Kita-Plätze angewiesen sind. Die Länder vertun damit die Chance, für den Bau von 30.000 weiteren Kindergartenplätzen vom Bund zusätzliche Gelder in Höhe von 580 Mio. € und jährlich zusätzliche 75 Mio. € für die Betriebskosten zu erhalten. Auf diese Punkte hatten sich Bund und Länder aber bereits verständigt.

In Thüringen befinden sich knapp die Hälfte aller unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung, 11,9 Prozentpunkte mehr als noch 2006. Bei den 2-3-Jährigen sind es sogar 89,7 Prozent. Der bedarfsgerechte Ausbau und die Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kita-Platz bis zum 1. August kann nur gelingen, wenn der politische Wille vorhanden ist. Allein in Erfurt fehlen 400 Kita-Plätze. Das Nein im Bundesrat bedeutet, dass Thüringen auf 14,8 Mio. € an Bundesmitteln verzichten muss und keine zusätzlichen rund 760 Kita-Plätze schaffen kann. Erfurt muss nun mit über einer Million Euro weniger für den weiteren Ausbau auskommen.

Derzeit herrscht große Unsicherheit bei vielen Eltern, deren Kinder in Kitas mit maroder Bausubstanz, ansonsten aber guter Betreuung untergebracht sind. Fehlende Renovierungsmaßnahmen im kommenden Jahr hätten den Entzug der Betriebserlaubnis zur Folge. Es ist verantwortungslos, den Wahlkampf auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen“, zeigt sich Antje Tillmann enttäuscht.